

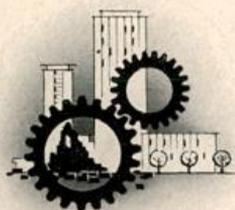
# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

Karlsruhe 1945 bis 1959

[urn:nbn:de:bsz:31-219036](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-219036)

*Dr. Gurk beim ersten  
Spatenstich im Baugelände  
der Firma Pfizer GmbH.*



*Bürgermeister Dr. Franz Gurk MdL*

## **KARLSRUHE 1945 BIS 1959**

### **a) Zu den geistigen Grundlagen**

Es soll über die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Karlsruhe in den Jahren von 1945 bis 1959 berichtet werden, vor allem über die wirtschaftliche Wandlung. Es wäre nun einfach, die Zahlen einander gegenüberzustellen und aus diesen Zahlen Ergebnisse abzuleiten. Bis zu einem Grade wird das auch geschehen. Doch ist es angebracht, den Versuch zu machen, die wirtschaftliche Entwicklung in einen Gesamtzusammenhang zu stellen. Wirtschaftliche Güter zur Versorgung der Menschen, Produktion und Absatz, Wirtschaft überhaupt können wohl in Zahlen ausgedrückt werden. Es ist aber auch die Frage nach dem woher und wozu zu stellen. Wie kommen die Ergebnisse zustande und wozu dienen die erzeugten und abgesetzten Güter? Die geistesgeschichtliche Lage der Gegenwart zwingt sogar dazu, solche Fragen zu stellen. Wir sind an einem Punkte angekommen, an dem die Meinung vertreten wird, es sei in der ganzen Welt der Trend, die Zielsetzung eine materialistische, kollektivistische, teils bewußt und schon weitgehend verwirklicht, teils in einer noch nicht voll bewußten, aber doch sichtbaren und nicht aufhaltbaren Entwicklung. Es wird von Unternehmern und Psychologen berichtet, daß die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, nachlasse. Auch aus studentischen Tagungen wird von kritikloser Unterwerfung unter den Stoff berichtet, den sich anzueignen man bereit ist, um möglichst bald in die Praxis zu kommen. Es sei eine Abkehr vom „initiativen“ Menschen zu verzeichnen, nach dem die Unternehmer dringend verlangen. Dieser Mensch, der bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, ist eine unabdingbare Voraussetzung der Marktwirtschaft. Anders ausgedrückt, brauchen wir in der Wirtschaft Persönlichkeiten. Im Kreise der Unternehmer selbst, aber auch in allen Stufen der Betriebe, in der Produktion und im

Vertrieb. Es scheint oft, als ob im Zeichen wachsender Konzentration, unternehmerischer Konzentration, sowohl, als auch der des Staates, der Mensch zwangsläufig in den Hintergrund zu treten habe. Wenn und soweit dies Wirklichkeit sein sollte, ist es eine zu bekämpfende Wirklichkeit. Der Mensch steht im Mittelpunkt der Wirtschaft, und zwar in doppelter Hinsicht. Er ist Ziel und Träger aller wirtschaftlichen Leistung. Die wirtschaftliche Leistung ist nicht Selbstzweck, sondern dienende Funktion. Sie dient der menschlichen Gesellschaft. Mit Recht hören wir häufig mahnende Stimmen, die darauf hinweisen, daß die Mehrung der Güterversorgung keineswegs Selbst- und Endzweck sei. Dies ist nachdrücklich zu unterstreichen.

Höher als die Mehrung der Versorgung mit wirtschaftlichen Gütern steht die menschliche Gesellschaft, ihr innerer Zusammenhalt, die Aufrechterhaltung des hohen Gutes der Freiheit. Die Interdependenz, die wechselseitige Verflechtung von wirtschaftlicher Freiheit (die keine Konzentration, keine Vermachtungserscheinungen am Markte erträgt) und politischer Freiheit muß immer wieder betont werden. Marktwirtschaft ohne politische Freiheit und politische Freiheit mit staatlicher Befehlswirtschaft (Zentralverwaltungswirtschaft) schließen sich gegenseitig aus. Man kann nur Marktwirtschaft und politische Freiheit zusammen wollen. So nur kann man den Menschen als freies Individuum in das neue Zeitalter hinüberretten, das begonnen hat. Der Mensch muß aber wollen. Er muß auch in der Wirtschaft ein freier Mann sein wollen — zum Gedeihen der Marktwirtschaft und zum Gedeihen der menschlichen Gesellschaft. Hier nun ist ein Punkt anzuschneiden, der in der Literatur eine nicht unbedeutende Rolle spielt und der auch für Karlsruhe ein sehr großer Aktivposten sein kann. Es ist

weitgehend die Meinung vorherrschend, als ob die Verlängerung der Schulzeit, die Vermehrung und Erschwerung der Examina, die Erweiterung des Wissensstoffes ohne weiteres den Menschen präge, dessen die Gegenwart und Zukunft bedürfe.

Dem ist aber nicht so. Überspitzt ausgedrückt, kann am Ende einer solchen schulischen Reaktion auf die neuen Zeitaufgaben auch der Roboter stehen, der sein Können jedem verkauft, der es bezahlt. Karlsruhe als eine Stadt der Ausbildungsmöglichkeiten vielfältigster Art hat eine große Aufgabe. (Technische Hochschule, Akademie der Bildenden Künste, Musikhochschule, Staatstechnikum, Gewerbe- und Handelsschulen, Gymnasien, Volksschulen.) Wird die Erweiterung des Wissensstoffes auch eine *W e r t u n g*, die Fähigkeit der Unterscheidung, die Überzeugung von einer Rangordnung der Werte vermitteln? Vielleicht ist dieser Schritt aus dem XIX. ins XX. oder XXI. Jahrhundert noch zu vollziehen. Dann erst wird auch in unserer Stadt das an sich hochrangige Ausbildungswesen volle Fundamentalwirkung ausstrahlen.

Dies ist notwendig, wenn wir mit dem Wohlstand fertig werden wollen, der für die menschliche Gesellschaft eine größere Gefahr bedeuten kann, als die Armut. Die Systematik der reinen Marktwirtschaft an sich, freigehalten von Vermachungserscheinungen durch Konzentrationen und getragen vom initiativen Willen der Menschen wird immer mehr leisten, als die der politischen Diktatur zugeordnete Befehlswirtschaft.

#### b) Darstellung der Zahlen

Es ist uns nicht die Aufgabe gestellt, die ganze Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt nachzuerzählen. Uns interessiert in erster Linie die Zeit von 1945 bis zur Gegenwart. Immerhin darf kurz erwähnt werden, daß um die Wende des 18. Jahrhunderts nach Berichten der Chronisten 8 Fabriken mit 200 Beschäftigten vorhanden waren. Äußere Voraussetzungen und Umstände haben damals wie heute zu einer Aufwärtsentwicklung geführt. Damals die Gründung der Technischen Hochschule, die Rheinkorrektion, der Beitritt zum Deutschen Zollverein, die Inbetriebnahme der ersten Eisenbahnstrecken (Heidelberg - Karlsruhe usw.), der Anschluß des Elsaß. 1882 waren bei 52 000 Einwohnern 90 Fabriken mit 4600 Arbeitern vorhanden.

Auf die auf- und abwärtssteigenden Linien der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt bis zum II. Weltkrieg gehen wir nicht näher ein. Uns interessiert der

Stand unmittelbar vor und unmittelbar nach dem II. Weltkrieg, wobei wir allerdings mit Lücken in den vorliegenden Statistiken rechnen müssen.

Einige Zahlen mögen als Grundlage der Darstellung wirtschaftlicher Entwicklung hier wiedergegeben werden.

Für die Beurteilung der strukturellen Entwicklung der Wirtschaft unserer Stadt sind diese Zahlen nur von bedingtem Aussagewert, weil sie nur die in Karlsruhe wohnenden Erwerbspersonen umfassen. Die Zahl der Beschäftigten überhaupt (einschließlich der sogenannten Einpendler) ist wesentlich höher.

So betrug die Zahl der Einpendler:	1939 = 16 114 = 17,12 %
	1950 = 25 938 = 23,40 %
	1958 = 42 000 = 30,00 %

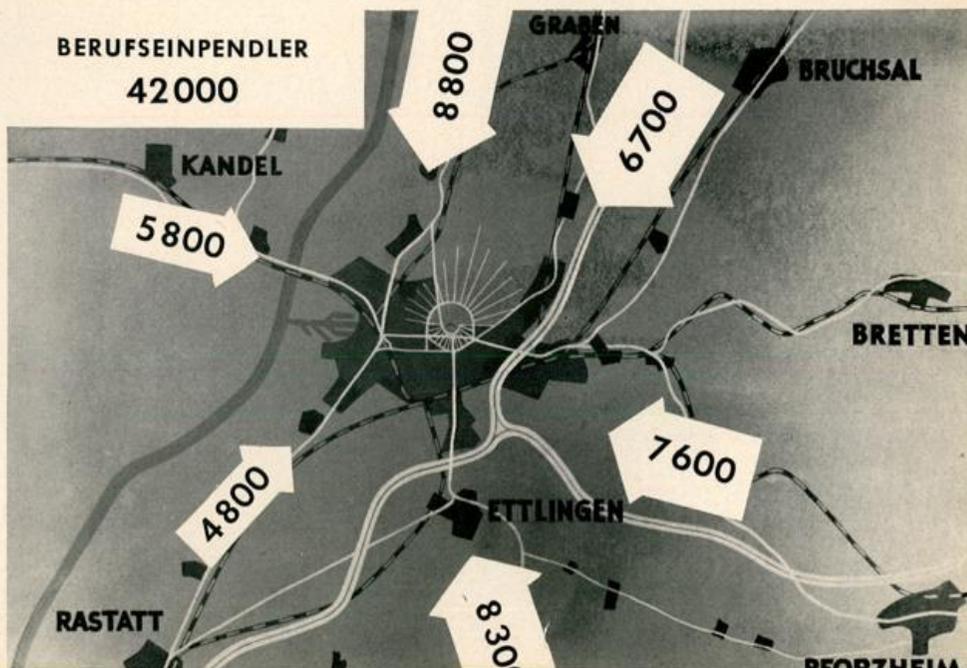
Die Gesamtzahl der Beschäftigten betrug Ende 1958 = **140 015**.

Mit der oben erwähnten Einschränkung, die sich darauf bezieht, daß die Zahl der Einpendler und deren Verteilung auf die Wirtschaftsabteilungen nicht ersichtlich gemacht ist, kann man aussagen, daß im öffentlichen Dienst eine leichte Rückwärtsentwicklung des Anteils an der Gesamtbeschäftigtenzahl zu verzeichnen ist. Zwar ist der Abzug der Landesregierung mit Ministerien nach Stuttgart durch den dem Rang nach höheren Zugang der höchsten Gerichte des Bundes (Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof), ferner durch den Zugang der Zusatzversorgungsanstalt des Bundes und der Länder kompensiert, doch nicht so, daß der prozentuale Anteil der Beschäftigten gleich geblieben wäre. Auch die Erhaltung der Mittelinstanzen des Bundes (die Oberfinanzdirektion Karlsruhe hat nur noch den Bezirk Nordbaden, gegenüber früher Gesamtbaden), die Errichtung des Regierungspräsidiums Nordbaden und des Oberschulamtes konnten den Ausgleich nicht bewirken.

Demgegenüber hat die Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk eine deutlich sichtbare Verstärkung erfahren. Entsprechend der Verteilung der Einpendler auf die Berufsgruppen ist zu vermuten, daß die Verstärkung von Industrie und Handwerk noch wirksamer ist, als dies die obigen Zahlen ausweisen, sind doch die Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten von 1945 bis 1. November 1958 um 109 gewachsen, ohne Bauhauptgewerbe und ohne Versorgungsbetriebe.

#### Gesamtzahl der Erwerbspersonen, die in Karlsruhe wohnen:

Land- u. Forstwirtschaft	2 761	3,21 %	1 909	2,23 %	1 826	1,83 %
Industrie u. Handwerk	33 684	39,23 %	35 743	41,72 %	42 941	43,02 %
Handel und Verkehr	23 797	27,72 %	24 220	28,27 %	28 016	28,07 %
Offentl. Dienst u. Dienstleistungen aller Art	25 621	29,84 %	23 798	27,78 %	27 027	27,08 %
	<u>85 863</u>		<u>85 670</u>		<u>99 810</u>	



Der Wirtschaftsraum Karlsruhes als unerschöpfliches Reservoir für Arbeitskräfte

Die neueren Daten und Entscheidungen, wie z. B. die beschlossene Errichtung von 2 Ölraffinerien, bestätigen diesen Weg.

Es mögen auch Angaben über an Industrie, Handel und Gewerbe durch die Stadt verkauftes Industriegelände entsprechende Hinweise geben.

In der Zeit von 1937 bis 1946 wurden insgesamt 518 910 qm verkauft, davon 1945 und 1946 nichts.

Von 1947 bis 31. Oktober 1958 machten die entsprechende Verkäufe . . . . 1 233 281 qm aus.

Die neuesten Zahlen für die Zeit vom 1. Nov. 1958 bis Mitte des Jahres 1959 machen 145 882 qm aus.

Es folgen Angaben über die Sozialstruktur unserer Stadt (der in Karlsruhe selbst wohnenden Personen):

Stellung im Beruf	1939	1950	1958
Selbständige	10,82 %	13,26 %	12,05 %
Mithelfende Familienangehörige	3,84 %	3,11 %	2,59 %
Beamte	13,75 %	9,12 %	8,91 %
Angestellte	26,35 %	30,96 %	31,69 %
Arbeiter	45,24 %	43,55 %	44,76 %

Die Zahl der Selbständigen hat sich demnach mindestens gehalten — abgesehen von einer leichten Verbesserung des Vomhundertanteils. Daß die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen gesunken ist, mag als eine Bestätigung der allgemeinen Verbesserung des Wohlstandsindex angesehen werden. Der Rückgang des Anteils der Beamten ist einerseits Auswirkung der rückläufigen Beteiligung der Behörden an der Struktur unserer Stadt, andererseits aber auch gewiß dadurch mit verursacht, daß in den Behörden die Neigung besteht, zunehmend statt Beamten Angestellte zu verwenden. Wenn der Anteil der Angestellten (Behörden- und Unternehmensangestellte) deutlich erkennbar aufwärts zeigt, so ist hier, vorbehaltlich einer genaueren Untersuchung, der schon erwähnte Trend zur Verwendung von Behördenangestellten statt Beamten eine Erklärung. Die Angestellten selbst zeigen nach der durch die Rentenreform bewirkten Verbesserung ihrer Versorgung geringere Neigung dazu, Beamte zu werden. Vom Sektor Wirtschaft her offenbart sich hier außerdem die durch die technische Entwicklung verursachte Steigerung des Bedarfs an Angestellten als Techniker. Ein Zahlenanteil 10 : 1 im Schnitt Arbeiter und Angestellte ist heute nicht zu hoch gegriffen.

Es ist bemerkenswert, daß im Jahre 1957, im Zeichen einer sich verlangsamenden konjunkturellen Entwicklung bei Rückgang der Arbeiterzahl in der Industrie um 2,98 % die Zahl der Angestellten um 4,44 % stieg.

Bei den Arbeitern ist die Erhaltung des Prozentanteils (45,24 = 1939, 44,76 = 1958) gerade unter dem letztgenannten Gesichtspunkt als günstig zu bezeichnen.

Für die Struktur unserer Stadt ist der Zustrom an Vertriebenen nicht zu übersehen. Es sind aus den ehemaligen Ostgebieten 39 270 Vertriebene hier ansässig geworden. Jeder 6. Einwohner ist Heimatvertriebener.

Bundesverfassungsgericht



Wenn man berücksichtigt, daß das Handwerk 1939 3464 Betriebe mit 15 568 Beschäftigten, 1958 3122 Betriebe mit 19 670 Beschäftigten aufwies, so wird man feststellen müssen, daß neben einer beachtlichen Festigung der Stellung des Handwerks das Schwergewicht der Steigerung der Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk bei der Industrie liegt. In der Tat weist die Industrie (Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) auf 1958 eine Beschäftigtenzahl von 39 148 aus, gegenüber 1936 17 653 (die Vergleichszahl 1939 liegt nicht vor).

Für die Industrie selbst können wir nachfolgende Tafel über die Zahl der Beschäftigten (hier einschließlich der Pendler) veröffentlichen:

Beschäftigte	30. 6. 1936	17 653
in der Industrie	30. 6. 1948	16 408
	31. 12. 1949	22 492
	31. 12. 1951	30 547
	31. 12. 1953	32 662
	31. 12. 1955	38 990
	31. 12. 1957	39 758

Die Zahlen zeigen, daß die industrielle Entwicklung bis 1948 den Vorkriegsstand nahezu wieder eingeholt hatte, trotz der schweren Kriegsschäden. 40 % der Betriebe sind nach 1945 hier neu gegründet oder neu angesiedelt worden. In diesen Betrieben sind 32,06 % der Industriebeschäftigten tätig (Stand 1957).

In der Zeit von 1949 bis 1957 ist die Zahl der Industriebeschäftigten um 77 % gestiegen. Die geleisteten Arbeiterstunden nahmen um 59 % zu. Die Löhne und Gehälter weisen eine Steigerungsziffer von 208 aus.

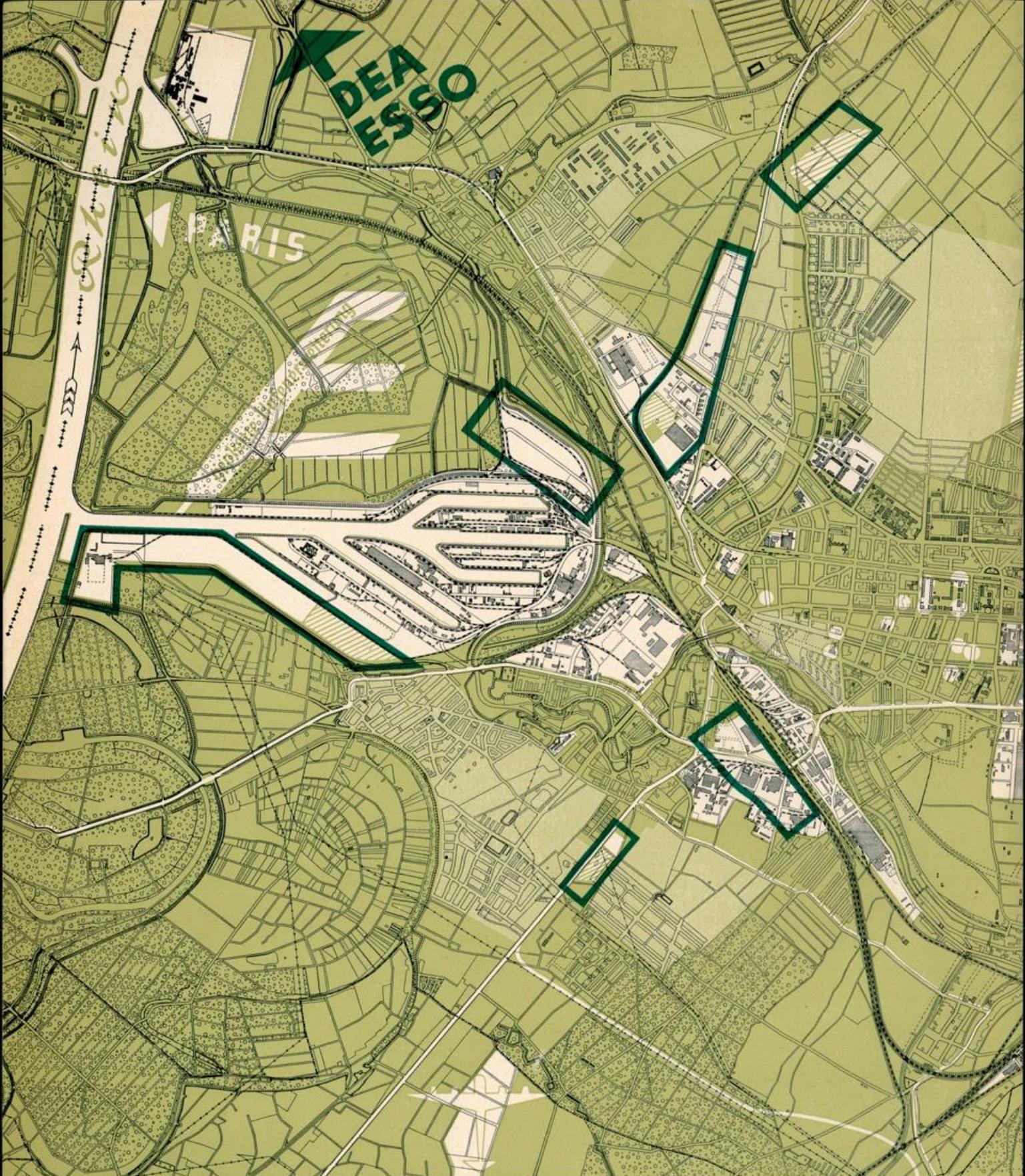
Soweit die vorhandenen Zahlen dies erlauben, ist der Entwicklung der Industrie in Karlsruhe auch eine Aufteilung nach Geschäftszweigen beigegeben. Da sie nur auf der Zahl der Beschäftigten aufbaut, sind für die endgültige Beurteilung der Entwicklung in Frage kommende Gesichtspunkte, wie z. B. die Auswirkung der Rationalisierung, in ihr nicht verarbeitet. Immerhin geben sie Anhaltspunkte für die Gewinnung eines Bildes über die Entwicklung.

### Industrie-Beschäftigte in Karlsruhe

Industriegruppe	1 9 5 8	1 9 4 9	Steigerung in % 1949-1958 *
 Steine, Erden, Bergbau	630	388	+ 62
 Eisen und Metalle	25 171	13 229	+ 96
 Schmuckwaren und Musikinstrumente	780		
 Chemische Industrie	2 822	1 315	+ 115
 Holzbe- und -verarbeitung	491	802	- 39
 Druck und Vervielfältg.	2 056	2 082	+ 48
 Papiererzeugung und -verarbeitung	1 019		
 Leder und Schuhe	401	534	- 25
 Textilindustrie (ohne Bekleidung)	808	384	+ 110
 Bekleidungsindustrie	1 850	1 311	+ 41
 Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3 120	2 447	+ 28
	39 148	22 492	+ 74

\* Die Steigerung betrug von 1936-1949 27,4 %

Die Steigerung betrug von 1936-1958 122,8 %



## PLAN DER INDUSTRIE- UND WOHNIEDLUNGSGEBIETE

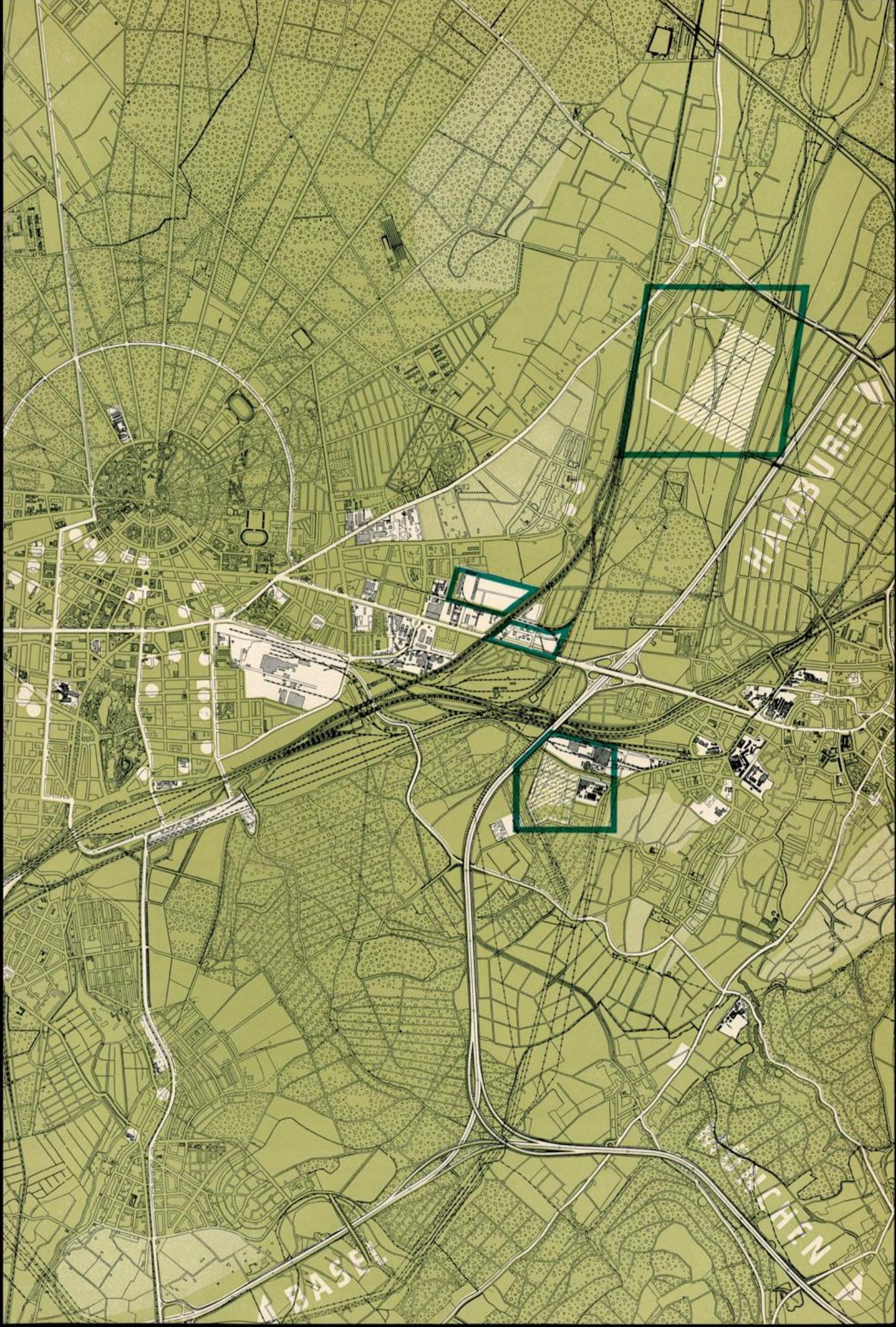
● mittlere und große  
Industriebetriebe

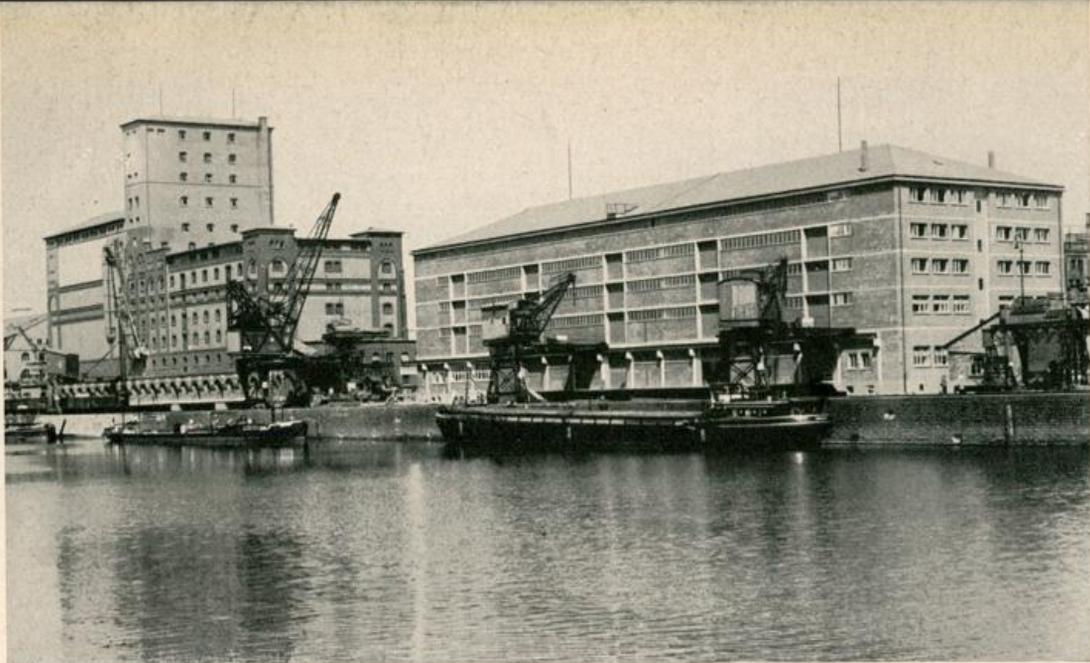
Wohnsiedlungsgebiete



Industriegebiet  
weiß: bereits vor 1945  
grün umrandet: nach 1945

Industriegelände  
schraffiert: noch verfügbar  
Grundfarbe, weiß umrandet:  
bereits verkauft





Getreidesilo  
am  
Rheinhafen

Das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt bedarf der Ergänzung durch einige Zahlen über unsere Rheinhäfen.

Es ist bekannt, daß der Höchstumschlag 1939 2,78 Mill. t betrug. Er war 1946 auf 0,56 Mill. t gesunken. 1958 hat er erstmals die 3 Millionen-Grenze überschritten (3,01 Mill. t). Dabei ist zu beachten, daß der Umschlag des Jahres 1939 durch Dienstleistungen für die Aufrüstung (Westwall) stark beeinflußt war, während das Ergebnis des Jahres 1958 unter starker Konkurrenz des um den Neckarhafen Stuttgart verstärkten Umschlages am Neckarkanal und ohne solche Faktoren, die 1939 eine große Rolle spielten, zustandekam.

#### c) Vom Bilde her

Der Versuch, mit Zahlen ein Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung zu geben, bedarf der Ergänzung durch das Bild. Es gibt wohl keine eindrucksstärkere Wiedergabe der Entwicklung dieser Stadt, als die Gegenüberstellung des zerstörten Marktplatzes aus dem Jahre 1945 mit dem wiederaufgebauten aus dem Jahre 1958. Überhaupt, ganz allgemein, macht unsere Stadt nach immer wieder gehörter Äußerung auf die Besucher einen starken Eindruck. Das äußere Bild ist trotz — zum Teil auch wegen — der überproportional gewerblich-industriellen Entwicklung immer noch das einer Wohnstadt, in der sich leben läßt. Die Dunstglocke, das Wahrzeichen ausgesprochener Industriestädte, ist nicht in entsprechendem Umfange vorhanden. Die Industrie ist in sehr starkem

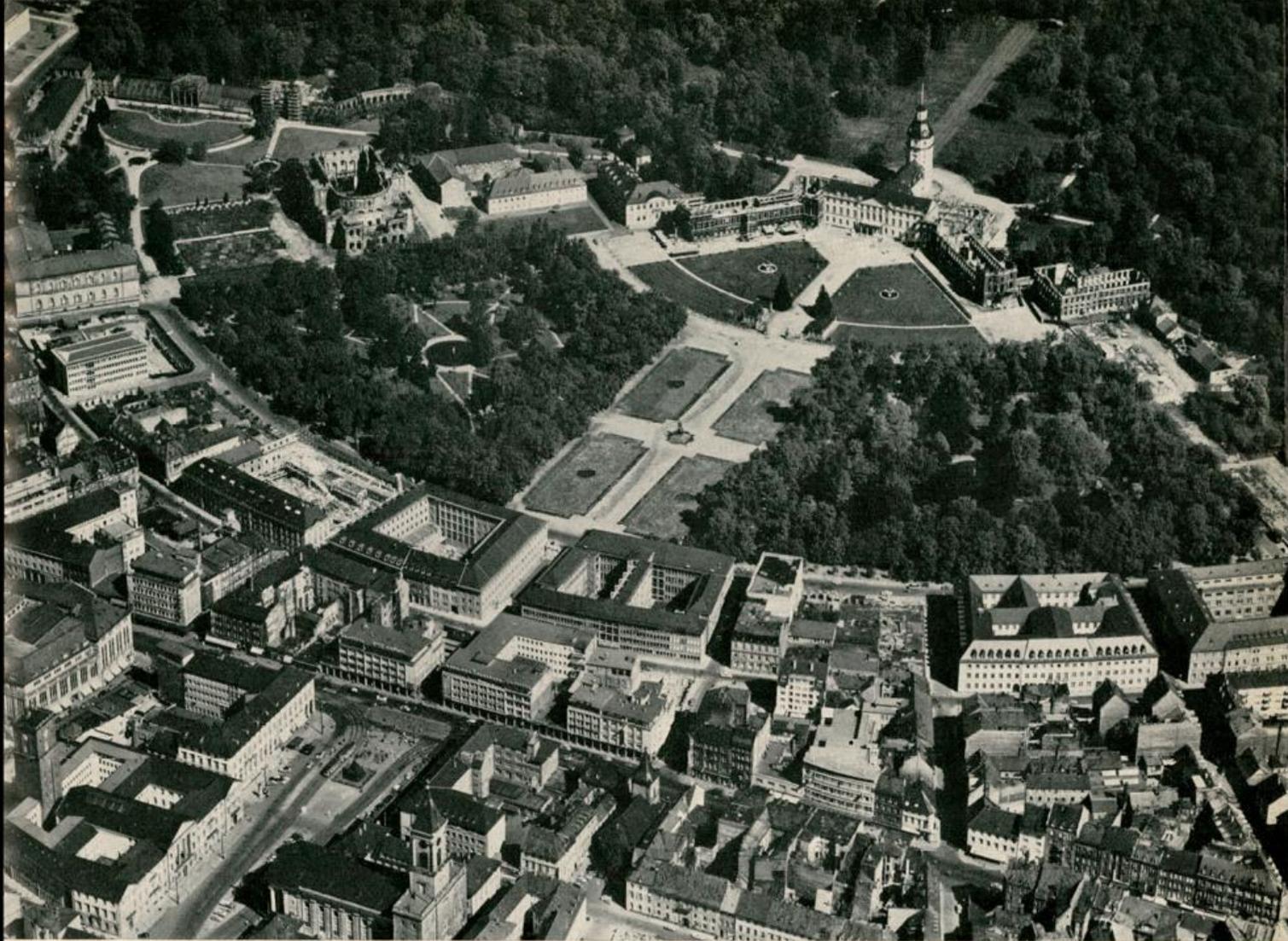
Umfange sog. „saubere“ Industrie. Eine glückliche Mischung von Wohn-Industrie-Erholungsflächen ist gegeben, und eben dies gehört zu den Hauptaufgaben der Stadtverwaltung, diesen Gleichschritt der Entwicklung zu wahren, zu dem auch die Erhaltung von Unterrichts- und Kulturzentren gehört.

Seit 1945 sind folgende gewerblich-industrielle Flächen der Bebauung übergeben worden:

qm	Gewinn
560 000	Tagweidwiesen
230 000	Oberwald (einschl. Bb.-Ausbesserungswerk)
183 111	Wikingerstr.
5 100 000	DEA und Esso
637 084	Fettweisstr.
239 731	Gablonzer-, Neureuter Str., Schorpp-Gelände
53 673	Zeppelin-, Hardeck- und Andr.-Hofer-Str.
21 240	Durmshheimer Str.
83 000	Binsenschlauch
109 201	Gerwig-, Käppele- und Theodor-Rehbock-Str.
61 869	Steinfeldstr., Weinweg
265 479	sonst. kleine Flächen (auch im Rheinhafengebiet)
<b>7 544 388</b>	
75 721	Von der Bundesvermögensstelle zur Verfügung gestelltes Industriegelände (ehem. Kasernen).
<b>7 620 109</b>	= 62% der Gesamtfläche Karlsruher Gemarkung.

Die Kaiserstraße im Jahre 1945





*Blick in das neue Stadttinnere*

Die oft gehörte Tatsache, daß die Stadt nach dem 1. Weltkrieg durch Abrüstung, Grenznähe und Entmilitarisierung zu leiden hatte, jetzt aber sehr günstig innerhalb der westeuropäischen Union liegt, sei nur kurz vermerkt. Man darf aussprechen, daß Anzeichen für einen fortschreitenden, raschen Aufstieg gegeben sind.

#### d) Die Frage nach der Zukunft

Diese Betrachtung soll nicht statisch, unter Aufzeigung einer Augenblickslage, abschließen. Ein kurzer Blick in die Zukunft sei gestattet.

Wir erwähnten schon deutliche Anzeichen eines raschen Aufstieges. Dies *ceteris paribus*, bei gleichbleibenden Verhältnissen. Gemeint sind die allgemeinen Verhältnisse in der Welt und in der Bundesrepublik Deutschland. Alles, was in der Welt in Bewegung ist, und mittelbar oder unmittelbar auf das örtliche Geschehen einwirkt, entzieht sich der entscheidenden Beeinflussung von einem gegebenen Ort, hier von Karlsruhe aus. Es kann außerhalb der Betrachtung bleiben, abgesehen von dem Ausdruck der Hoffnung auf eine günstige Entwicklung.

Am Ort selbst sind, wie erwähnt, günstige Entwicklungsaussichten gegeben, besonders von der Lage der Stadt im europäischen Raum her. Auch die Verkehrslinien (Autobahnen, Bundesbahnen, Straßen, Wasserstraßen, Flugmöglichkeiten) weisen Karlsruhe in die Stellung eines gegebenen Zentrums. Dies wird auch durch die Entwicklung des Reiseverkehrs bestätigt (Übernachtungen 1938 = 236 259, 1958 = 395 030). Inwieweit die ortsansässige Hotellerie bestimmter Investitionen bedarf, um auch von dieser Sparte aus die Gleichförmigkeit der Entwicklung zu fördern, mag hier unerörtert bleiben. Nachdrücklich ist darauf hinzuweisen, daß die Bundesbahn-Verbindungen nach der Pfalz (Ersatz der Dauerbehelfsbrücke bei Maxau über den Rhein und

Wiederherstellung des II. Gleises) dringend der Verbesserung bedürfen. Der Hinweis auf das neue Ludwigs-hafener Gleisdreieck kann seitens der Bundesbahn nicht alles entschuldigenden.

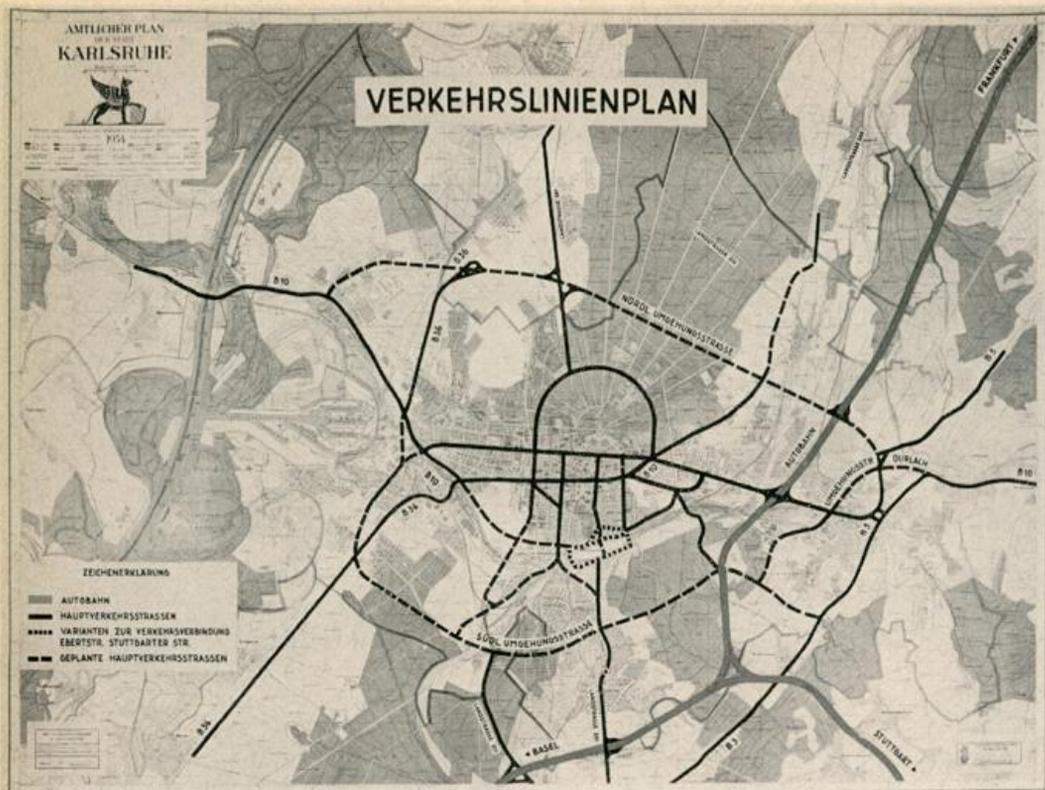
Preisgünstige Rohstoffbeschaffung, gesicherte Energieversorgung und Wasserversorgung sind gegeben.

Abgesehen von der jetzt durchgeführten Verlängerung des Olbeckens im Rheinhafen ist für die Zukunft der Bau einer weiteren Hafenanlage vorgesehen, die ihre Einfahrt an der Nordseite des Verbindungsbeckens haben soll. Es ist hier der Ort, auf die ganz außergewöhnlichen Aufwendungen des Bundes und des Landes für den Neckarkanal (rund 400 Mill. RM und DM) hinzuweisen, denen bei den Karlsruher Rheinhäfen keinerlei vergleichbare Gegenleistung von Bund und Land gegenübersteht.

Es bleibt die Frage offen, ob Raum und Arbeitskräfte ausreichen, um auf der Gemarkung der Stadt Karlsruhe in dem bisherigen Schrittmaß weiterzubauen. Der Blick über die Gemarkungsgrenzen drängt sich auf. Wir werden zu einer interkommunalen Zusammenarbeit kommen, ja kommen müssen. Jetzt ist diese Zusammenarbeit vielfach gegeben. Man denke an das Atomforschungszentrum Karlsruhe und Leopoldshafen. Ein Teil der Wasserversorgung der Stadt liegt im Landkreis Karlsruhe. Verschiedene Landgemeinden sind an städt. Versorgungsanlagen angeschlossen. Man denke an den Flugplatz, ferner an manche andere gemeinsame Planungen.

Diese interkommunale Zusammenarbeit, die durchaus nicht den Weg über Eingemeindungen zu gehen braucht, kann sich auch der Rechtsfigur des Zweckverbandes nach der Gemeindeordnung oder anderer juristischer Grundlagen bedienen, ja sogar über schriftliche und mündliche Absprachen bewirkt werden.

Karlsruhe ist, um einen neuerdings gebräuchlichen Fachausdruck anzuwenden, eine Dienstleistungsstadt mit



*Karlsruhe im Schnittpunkt  
der Hauptverkehrswege*

gemischten Funktionen. Keine Funktion (Industrie, Behörden usw.) ist vorherrschend. Die Verflechtung mit den Nachbargemeinden und Nachbarkreisen (Karlsruhe Land, Rastatt, Bruchsal, Baden-Baden, Germersheim, Bühl, Bergzabern) ist stark. Man kann die Bevölkerung, die irgendwie mit Karlsruhe verbunden ist, auf 600 000 annehmen. In der industriellen Entwicklung steht die Metallindustrie im Vordergrund, daneben behaupten Pharmazentik, Bekleidungs- und Textilindustrie ihren Platz, mehr noch das Druckgewerbe, auch Holzverarbeitung und Papierherzeugung, Steine und Erden, Teile der chemischen und Nahrungsmittelindustrie.

In der Stadt Karlsruhe selbst wird bei gleichbleibender Entwicklung bis zum Jahre 1985 mit einer Bevölkerung von rund 280 000 gerechnet. Diese Zahl als Ergebnis sorgfältiger Berechnung zeigt, daß die Stadtverwaltung nicht Ausdehnung um jeden Preis will. Sie will das Rennen nach uferloser Vergrößerung, wie es gelegentlich bemerkbar, aber soziologisch in seinem Wert fraglich ist, nicht nachmachen, geht vielmehr ihren eigenen, zugleich maßvollen und doch zielklaren Weg. Für die zunehmende Bevölkerung der Stadt selbst und der Umgebung des Einzugsgebietes gilt es, Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, nicht nur für den Augenblick, sondern auch in Planung auf weite Sicht.

Hierbei wird mindestens in gleichem Maße auf Erhaltung und Stärkung der ansässigen Betriebe und Unter-

nehmungen, wie auf Neuansiedlung solcher Bedacht zu nehmen sein. Nach dem augenblicklichen Stande kommen in erster Linie kapitalintensive Betriebe für Neuansiedlung in Betracht. Die Lage kann sich aber, wie die Entwicklung im Kohlenbergbau zeigt, unvorhergesehen und schnell ändern. Eine Verhaltensmaxime läßt sich auf Dauer und unveränderlich nicht geben.

Karlsruhe wird als Standort für gewerblich-industrielle Unternehmungen nach Lage der Verhältnisse interessant sein und auch bleiben. Es wird aber auch den anderen Zweigen menschlichen Schaffens, so insbesondere der öffentlichen Rechtsprechung und Verwaltung, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, dem Unterricht, der Kultur in der gebräuchlichen Anwendung des Wortes Bedeutung beizumessen sein. Es wird meisterliche Aufgabe der städtischen Verwaltung sein, dies alles in guter Harmonie zu betreuen und zugleich eine Atmosphäre der Wohnlichkeit und Geborgenheit zu schaffen, die der Stadt Ruf und Anziehungskraft von der Aktivität her und von der Ruhe, diese als Grundlage schöpferischen Wirkens verstanden, schafft.

Unser wirtschaftliches Wirken stellen wir in diesen Kreis hinein als Funktion für die Gesellschaft. Eine Antwort, die aus dem Bereich der Kunst über die letzte Zielstellung gegeben wurde, möge auch hier gelten:

„Verantwortung für die Welt.“



*Karlsruher Rheinbrücke —  
Tor zum Westen*